

Freie Wähler setzen sich bei Hundesteuer durch

Gemeinderat beschließt mit Mehrheit neue Hundesteuersatzung – mit möglicher Ermäßigung nach einer erfolgreichen Begleithundeprüfung.

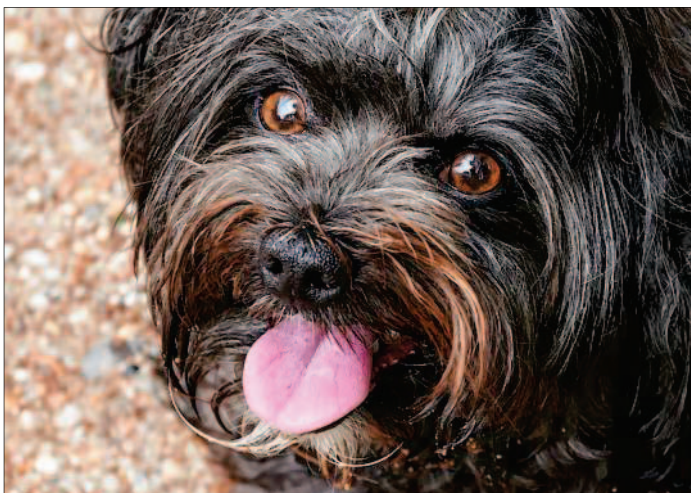
VON KLAUS KRÜGER

Hohberg. Der Gemeinderat beschloss am Mittwoch mit Mehrheit die neue Satzung für die Hundesteuer. Sie gilt mit der Jahreswende und sieht höhere Beiträge vor. Die Freien Wähler Hohberg setzten eine Ermäßigung um 12 Euro pro Jahr für den ersten Hund – und eine von 24 Euro für den zweiten durch – sofern die Besitzer den erfolgreichen Abschluss einer Begleithundeprüfung nachweisen können. Die Verwaltung hatte empfohlen, dem Antrag der FWH nicht stattzugeben. Ihr Antrag scheiterte mit 7:9 Stimmen, (eine Enthaltung), damit siegte der Antrag der FWH. Die Gesamtsatzung fand 12 Ja-Stimmen gegen 5 Nein. Die Höhe der Ermäßigung von 12 und 24 Euro schlug alternativ die Gemeindeverwaltung vor.

Mehr Aufwand

Kämmerer Christof Kaiser betonte, der Antrag der FWH würde einen höheren Verwaltungsaufwand bedeuten – das widerspreche dem Ziel, einfache Satzungen zu schaffen. Die Mustersatzung des Gemeindefesttags enthalte solche Ermäßigungen auch nicht.

Die Erhöhung ist gestaffelt und erfolgt jeweils zum Januar 2021 und 2022. Bisher zahlten Hundebesitzer für den ersten Hund 72 Euro, ab Januar 2021 sollen es 84 Euro sein und ein Jahr später 96 Euro. Der zweite und jeder weitere Hund kostet



Das Halten von Hunden wird teurer.

Foto: Annette Riedl/dpa

ab 2021 168 Euro (statt jetzt 144) und ab 2022 schließlich 192 Euro. Die Steuer für einen sogenannten Kampfhund steigt von jetzt 900 auf 960 Euro, 2022 auf 1020 Euro an. Zweite und jede weitere Kampfhunde schlagen mit 1920 Euro und 2040 Euro

(2022) zu Buche. Die Steuer für Zwingerhunde steigt von 216 in zwei Schritten auf 288 Euro.

Laut Vorlage der Gemeindeverwaltung wird mit der Hundesteuer der Aufwand besteuert, der mit der Hundehaltung entsteht.

STICHWORT

Einspruch in der Bürgerfragestunde

Ein Bürger wandte sich in der Bürgerfragestunde gegen eine Erhöhung der Hundesteuer.

Sie werde jetzt innerhalb von zehn Jahren über 100 Prozent erhöht. „Ich glaube nicht, dass es so etwas noch einmal in Deutschland gibt.“ Man solle sich dabei

nicht an Städten wie Offenburg orientieren – in Hohberg lebten die meisten Hunde in einem eingezäunten Garten und erledigten dort ihr Geschäft. „Mit Ihrer Erhöhung treffen sie viele alte Leute, die keine 100 Prozent Rentenerhöhung bekommen.“